

**Rede  
von**

**Guido Pott, MdL**

zu TOP Nr. 19

Große Anfrage

**Raus aus dem Plastikzeitalter: Meere, Gewässer und  
Böden schützen!**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/1197

während der Plenarsitzung vom 14.11.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die vorliegenden Antworten der Landesregierung zur Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigen den dringenden Handlungsbedarf im Bereich des Plastikmülls auf. Die große Anfrage unterstreicht auch die Notwendigkeit der Maßnahmen des heutigen Entschließungsantrages der Regierungskoalition sowie der aktuellen Initiative zur Reduzierung von Einwegplastik der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren,

aus der vier Mal pro Jahr durchgeführten systematischen Erfassung der Menge und der Zusammensetzung des Makromülls geht hervor, dass die Strände der Nordseeregion pro 100 Meter Küstenlinie mit 389 Müllteilen und der Meeresboden durchschnittlich mit 11 Kilogramm Müll pro Quadratkilometer belastet ist. Mehr als 90 Prozent dieses Mülls am Strand und Meeresboden der südlichen Nordsee besteht aus Kunststoff.

Meine Damen und Herren,

die Feststellungen im aktuellen Berichtsentwurf zum Zustand der Nordsee sind nicht zufriedenstellend. So heißt es dort: „Müll am Strand, Meeresboden und in der Wassersäule belastet die deutschen Nordseegewässer und ist weit verbreitet. Der angestrebte gute Umweltzustand ist nicht erreicht.“ Und weiter: „Es gab in dem betrachteten Zeitraum keine Anzeichen für eine Abnahme der Belastung.“

Bei der Untersuchung von Eissturmvögeln, die in der Nordsee als Indikatorart für die Aufnahme von Plastikpartikeln auf der Meeresoberfläche gelten, wurde bei 60 Prozent der untersuchten Eissturmvögel mehr als 0,1 g Kunststoffe im Magen gefunden. Und das bei einem Vogel, der maximal 1 kg schwer ist.

Besonders aufgrund dieser Feststellungen gilt es, bestehende Maßnahmen fortzuführen und zu intensivieren. Denn bereits heute unternimmt das Land

Niedersachsen beachtliche Anstrengungen zur Bekämpfung des Plastikmülls. Ein Beispiel für dieses Engagement ist die Initiative Fishing-for-litter.

Wie heute bereits mehrfach gefordert, muss die Menge von Einwegplastik drastisch reduziert und die Recyclingquote deutlich erhöht werden. Zusätzlich müssen bereits verschmutzte Meeresbereiche und Küstenabschnitte wieder von Plastik gesäubert werden. Hier hat die Initiative Fishing-for-litter, welche aus einer Kooperation des Landes Niedersachsen und dem NABU entstanden ist, bereits beachtliche Erfolge erzielen können. Die Initiative bietet den Fischern die nötige Infrastruktur, um jenen Müll, der unweigerlich in Netzen landet, kostenfrei und fachgerecht zu entsorgen. Sieben Häfen mit mehr als 90 Krabbenkuttern tragen auf diesem Weg dazu bei, die Nordsee sauberer zu machen.

Im Zeitraum von 2013 bis 2016 wurden so knapp 15 Tonnen Nordseemüll allein in Niedersachsen an Land gebracht. In unserem Nachbarland Schleswig-Holstein sind zudem in den Jahren 2015 und 2016 weitere 6 Tonnen dazugekommen. Die dabei am häufigsten gesammelten Müllteile waren Kunststoff-Bruchstücke und Folienfetzen (39 Prozent) sowie Fischereinetze (26 Prozent).

Meine Damen und Herren,

es ist daher zu begrüßen, dass die Finanzierung dieses Projektes durch das Land Niedersachsen bis 2022 sichergestellt ist und so das vorbildliche Engagement der Fischer in Zusammenarbeit mit dem NABU weitergeführt werden kann.

Jedoch dürfen sich unsere Anstrengungen nicht auf die niedersächsischen Nordseegebiete beschränken. Deshalb begrüßen wir die von der Landesregierung angekündigte Fortsetzung des Runden Tisches gegen Meerese Müll.

Ziel dieses Formates ist primär die Koordinierung nationaler Maßnahmen gegen Meerese Müll in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt. Die Stärke des Runden Tisches Meerese Müll liegt in seiner Funktion als Netzwerk mit Verbindungen zu weiteren Interessensvertretern. Diese

Vernetzung von Expertenwissen und Kompetenzen im Rahmen des Runden Tisches soll unter anderem zu Fortschritten in den Bereichen Reduktion der Einträge von Kunststoffmüll, müllbezogene Maßnahmen zu Fischereigeräten sowie der Reduzierung des bereits im Meer vorhandenen Mülls führen.

Meine Damen und Herren,

zusätzlich gilt es, die Bestrebungen der Europäischen Union, die Umweltbelastungen durch Verpackungsabfälle aus Kunststoffen zu reduzieren, zu unterstützen und besonders auf eine konsequente Umsetzung in den Mitgliedsstaaten hinzuwirken. Nur so kann es gelingen, einen europaweit einheitlichen Rahmen zu setzen, der dem Verursacherprinzip folgt.

Dieses Verursacherprinzip greift auch das zu Beginn des kommenden Jahres in Kraft tretende Verpackungsgesetz auf Bundesebene auf. Hersteller, die gut recyclebare Verpackungen in den Umlauf bringen oder recyceltes Plastik verwenden, werden in Zukunft weniger Gebühren zahlen. Lizenzen für nicht recycelbare Verpackungen werden hingegen teurer. Nachhaltigkeit wird sich an diesem Punkt also auch wirtschaftlich auszahlen.

Meine Damen und Herren,

wir teilen die Auffassung der Landesregierung, dass besonders im Bereich des Mikroplastiks Handlungsbedarf besteht. Dieses gelangt unter anderem durch das Waschen synthetischer Kleidungsstücke, Kosmetika und durch den Abrieb von Autoreifen ins Abwasser und schließlich in unsere Meere.

Bei den in Deutschland häufig konsumierten Nord- und Ostseefischarten Dorsch, Makrele und Flunder konnte bei Untersuchungen Mikroplastik gefunden werden. Am stärksten betroffen ist die Makrele, hier wurde bei knapp 18 Prozent der kontrollierten Tiere Mikroplastik nachgewiesen. Auch die Nordseegarnelen sind von der Belastung durch Mikroplastik betroffen, das überwiegend aus Kunststofffasern bestand. Solche Fasern befanden sich in 63 Prozent der untersuchten Garnelen.

Meine Damen und Herren,

die Auswirkungen von Mikroplastik, aber auch des bisher wenig thematisierten Nanoplastiks auf die menschliche Gesundheit sind bisher wenig erforscht. Dies muss sich schnellstmöglich ändern. Ich möchte deshalb auch die Forderungen nach festen Grenzwerten für Plastikmüll aufgreifen.

Dafür gilt es allerdings, zunächst die nötige Grundlage zu schaffen. Voraussetzung für ein solches Vorgehen ist die Standardisierung und Harmonisierung von Analyseverfahren, um die Vergleichbarkeit von erhobenen Daten zur Grenzwertsetzung zu gewährleisten. Darauf aufbauend können anschließend Grenzwerte erarbeitet und Reduktionsziele überwacht werden.

Meine Damen und Herren,

das Land Niedersachsen fördert bereits jetzt eine Vielzahl von Projekten im Bereich der Meeres- und Küstenforschung und baut diese gezielt aus.

Mit der Ausschreibung „Küsten- und Meeresforschung in Niedersachsen“ werden seit 2016 sechs große Forschungsverbünde mit insgesamt 8 Millionen Euro gefördert, die einrichtungsübergreifend und interdisziplinär unterschiedlichste Aspekte der Meeres- und Küstenforschung adressieren. Zudem hat sich das Land mit rund 7 Millionen Euro am Tiefseeforschungsschiff „Sonne“ beteiligt, das 2014 in Dienst gestellt wurde.

Trotzdem gibt es Bereiche, in denen bestehende Forschungslücken dringend geschlossen werden müssen. Einer dieser Bereiche sind die Auswirkungen von Mikroplastik auf die Bodenfauna.

Inwieweit Mikroplastik mit der Bodenfauna interagiert und deren Gesundheit beeinträchtigt, und ob Plastikpartikel auch über Ackerpflanzen in die Nahrungskette gelangen können, sind Fragen, die beantwortet werden müssen. Es gilt somit sinnvolle Forschungsprojekte weiterhin finanziell zu fördern, um gezielt bestehende Wissenslücken zu schließen.

Meine Damen und Herren,

abschließend bleibt folgendes festzuhalten: Wir wollen der stetigen Zunahme des Plastikmülls ein Ende setzen, für eine Trendwende im Umgang mit Plastikmüll sorgen und damit gegen die negativen Folgen für unsere Ökosysteme vorgehen. Dazu müssen bestehende Maßnahmen zur Reduzierung von Plastikmüll und dessen negativen Folgen, wie die Initiative „Fishing-for-litter“, weiter konsequent unterstützt werden. Es müssen Maßnahmen gegen Meeresmüll auch überregional in Zusammenarbeit mit Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ergriffen werden.

Meine Damen und Herren,

wir müssen nach dem Verursacherprinzip vorgehen!

Sollten Anreizsysteme für die Industrie, wie im neuen Verpackungsgesetz enthalten, nicht zu einer signifikanten Reduzierung des Plastikmülls führen, müssen meiner Meinung nach auch andere Lösungen in Betracht gezogen werden. Ob die Idee eines Meeresmüllfonds hier ein zielführender Weg sein kann, bleibt dabei abzuwarten.

Schlussendlich gilt es aber besonders, Verbraucherinnen und Verbraucher für die ökologischen Folgen von Plastik und besonders Mikroplastik zu sensibilisieren und ein gesamtgesellschaftliches Umdenken zu erreichen. An dessen Ende muss ein verantwortungsvoller Umgang mit Plastik und die dringend benötigte Trendwende bei der Belastung unserer Ökosysteme stehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!